

Erzähler vom Westerwald

Hachener Tageblatt

Tägliche Nachrichten
für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der wöchentlichen Wochenbeilage
Militärisches Sonntagsblatt.

Ausschrift für Drahtnachrichten.
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Jagd- und Gartenbau.

Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzer in Hachenburg

Nr. 38

Bezugspreis: vierteljährlich 2,40 M.,
monatlich 80 Pfg. mit Beleggeld; durch die
Post 2,35 M. bzw. 75 Pfg. ohne Beleggeld.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wegfallen.
Hachenburg, Freitag den 15. Februar 1918.

Anzeigenpreis (schon im voraus),
die sechsstelligen Beträge, oder deren
Rund 25 Pfg., die Restsumme 50 Pfg.

10 Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

18. Februar. Ein Vorstoß mehrerer französischer Kompanien zwischen Elzen und der Mosel wird unter schweren feindlichen Verlusten abgewiesen. — Zur Vergeltung feindlicher Bombenangriffe auf Saarbrücken wird Nancy ebenfalls mit Bomben besetzt.

Die Antwort aus Washington.

Einige Wochen haben Graf Hertling und Graf Czernin sich gedulden müssen, ehe es Herrn Wilson gelang hat, auf ihre letzten Reden vor den Volkvertretern ihrer Länder zu antworten. Sie sind inzwischen nicht müde gewesen, sondern haben mit dem Friedensschluß von Versailles die Welt bewiesen, daß sie ihre Erklärungen und Versprechungen auch in Taten umzusetzen verstanden. Der Präsident der Vereinigten Staaten dagegen hat die lange Überlegungsfrist, die er gebraucht hat, lediglich dazu benutzt, um eine neue Auflage seiner fälschlich bekannten, wortreichen und fahrlässigen Konzeptionsentwürfe herauszugeben, die, wenn man sie genossen hat, an dem Stande der Dinge im wesentlichen alles unverändert lassen, wie es war. Ein paar hochmütige Nebenbemerkungen mehr oder weniger, die dreiste Konart etwas lauter oder gedämpfter genommen, das ist der einzige Unterschied in diesen Erklärungen, so oft wir sie bisher auch schon vorgelesen bekommen haben. Nachher hat die Weltgeschichte bis jetzt immer noch ihren Gang fortgesetzt, als wäre nichts geschehen, rein gar nichts. Wird es diesmal anders sein?

Das ist kaum zu hoffen. Herr Wilson leistet sich das billige Verlangen, zwischen dem klaren und faustumrissen Grafen Czernin auf der einen und dem dümmlichen, geheimnisvollen Grafen Hertling auf der andern Seite zu unterscheiden und anzudeuten, daß er mit Wien wohl allenfalls sich verständigen möchte und könnte, wenn es nicht an Berlin geknüpft wäre. Die Militärpartei in Deutschland, die läßt den friedfertigsten aller Staatslenker nicht zur Ruhe kommen, den Mann, der die Westmächte, als er noch neutral war, unentwegt mit der gesamten Welt- und Weltwirtschaft seines Landes unterlächelte, und der sich seit bald halbes Jahr die gewaltigste Rüstung aufgibt, um nur ja in Europa keine den wirklichen Machtverhältnissen dieses Erdteils entsprechende Entscheidung auszulassen. Gewiß, der deutsche Militarismus — wenn der nicht gewesen wäre, dann könnte Graf Czernin heute schwerlich als Sieger die Friedenshand darbieten, dann wäre die Donaumonarchie längst zerstückelt und zertrümmert: in Galizien lägen heute die Russen, in Siebenbürgen die Rumänen, in Ungarn und Kroatien die Serben und in Trient und Triest die Italiener. Mit dem Rest wären — die Tschechen spielend fertig geworden. Diese Zustände wird man in Wien und Budapest noch nicht vergessen haben. Der deutsche Militarismus war also immerhin eine ganz nützliche Einrichtung auch für die Bundesgenossen des Deutschen Reiches. Herr Wilson kann lesen und hören so viel er will, es wird ihm schwerlich etwas helfen. Auch daß er sich diesmal gegen unsere Regierung nur gemohnte Angriffe leistet, daß er aber den Reichstag und seine Friedensresolution um so gewöhnlicher heraussticht, ändert an dem Gesamtinhalt seiner Vorkchaft gar nichts. Dieser aber läuft, um es kurz zu sagen, lediglich auf eine Wiederholung der alten Wilson'schen Friedensdeklarationen hinaus: Das irgendwo in den Wäldern schwebende „Gericht der Menschheit“ hat über den Wiederaufbau der Welt zu entscheiden — nach Grundrissen, die natürlich einzig und allein in Washington diktiert werden können, — und wer sich ihnen nicht bedingungslos unterwirft, der bleibt in ewiger Verdammnis. Das ist ein Weg, auf den wir wohl niemals aus dem Kriegszustand herauskommen würden; also wird es sich schon empfehlen, auf Wilson'sche Ratsschlüsse endgültig zu verzichten.

Freilich, er hat offensichtlich das Bestreben, die Diskussion über seine Friedensbedingungen nicht wieder einschleifen zu lassen, und um sie zu erleichtern und vielleicht auch Widerstrebendes etwas schwächer zu machen, fast er seine verdrängten vierzehn Punkte diesmal in vier Punkte zusammen. Sieht man indessen genauer zu, so ist auch hier alles beim alten geblieben. Er hat in diese vier Punkte so viel Greifbares und Ungreifbares hineingegeben, daß mit ihnen — benützt alles wie gar nichts zu erreichen ist. Der Kompromiß dagegen, die Verständigung, auf die Graf Czernin und Graf Hertling hinarbeiten — in dieser Beziehung besteht zwischen den beiden Regierungen nicht der geringste Unterschied, — für sie ist doch in den letzten Friedensformeln des Präsidenten kein Raum. Und so werden sie mit dem Frieden schwerlich näher bringen. Es wird wieder ein großes Gerede und Geschrei um sie anheben, und dann wird wieder alles still werden. Die Schlichtheit der Mittelmächte wird ihre Leiter auch jetzt davon sprechen lassen, daß die neue Vorkchaft aus Washington „diskutable Grundlagen“ enthalte für

weitere Verhandlungen. Inzwischen wird aber Herr Wilson seine militärischen Kräfteanstrengungen mit äußerster Energie fortsetzen, was er ja selbst mit der größten Bestimmtheit ankündigt, und so wird er auch von uns nicht erwartet können, daß wir den kommenden Dingen, lediglich mit Friedensbeilegerungen entgegen barren. Wir schließen Frieden, wo wir die ernsthafte Bereitschaft dazu finden, und brauchen damit, wie die letzten Tage bewiesen haben, und die nächsten wohl auf's neue beweisen werden, nicht auf Washingtoner Heilsbotschaften zu warten. Wo dagegen, — der Versailles Kriegserklärung zufolge — weiter gekämpft werden soll, da werden wir unseren Mann stehen, trotz der amerikanischen Divisionen, die bereits in die Westfront eingereicht worden sind. Wir sind bereit — ob unsere Gegner das auch von sich behaupten können, ist eine andere Frage. Sie wird abseits von allen Not und Kongreßreden entschieden werden.

Nur noch eins: auf seine Erklärung, daß ein weiterer Gedankenaustausch zwischen Wien und Washington ihm angedrängt erscheine, hat Graf Czernin von Herrn Wilson keine Antwort erhalten. Wird er begreifen, daß seine Antwort — auch eine Antwort ist?

Die vier Grundzüge.

die Wilson als Grundpfeiler für einen dauerhaften Weltfrieden aufstellt, mögen hier in sinngerechter Übersetzung folgen:

1. daß jeder Teil einer endgültigen Vereinbarung im wesentlichen auf der Gerechtigkeit in dem bestimmten Falle und auf einem solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird;
2. daß Völker und Provinzen nicht von einer Staats- oder Provinzialmacht in eine andere herübergehoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Güter in einem Spiel handelte, wenn auch in dem großen Spiel des Gleichgewichts der Kräfte, das nun für alle Zeiten diskreditiert ist; daß jedoch
3. jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg angedrängt wurde, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleiches oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden muß;
4. daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitgehendste Berücksichtigung finden sollen, die ihnen zufließen können, ohne neue oder die Verwirrung alter Elemente von Zwist und Gewalt, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, anzunehmen. Ein allgemeiner Frieden auf solcher Grundlage errichtet, kann errichtet werden. Bis ein solcher Frieden geschlossen ist, haben wir keine andere Wahl, als mit dem Krieg fortzufahren.

Von ihnen behauptet Wilson, daß soweit er dies beurteilen könne, diese Grundzüge schon überall anerkannt werden, mit Ausnahme der „Vorkühler der deutschen Militär-Annexionspartei“.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

+ Der Friedensvertrag mit der Ukraine wird nach der Germania den Reichstag bei seinem Wiederauftritt am Donnerstag, den 21. d. Mts. beschäftigen. Man rechnet in parlamentarischen Kreisen damit, daß der Reichskanzler die Vorkühler mit einer Rede einleiten wird. Wahrscheinlich wird die Beratung nur einen Tag in Anspruch nehmen. Am Anschluß an eine Unterredung der Parteiführer mit dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, Frh. v. d. Vossche hat der Zentrumsgesandte Reimann im Namen aller Parteien dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen, v. Kühlmann, Dank und Anerkennung für den ersten Friedensschluß ausgesprochen.

+ Wie von maßgebender Seite mitgeteilt wird, ist die durch Sados verbreitete Meldung von einem Ultimatum der Deutschen an die rumänische Regierung nicht zutreffend. Wichtig ist, daß der Generalfeldmarschall v. Radenau mit der rumänischen Heeresleitung in Verhandlungen eingetreten ist, um die Entscheidung über das Fortbestehen des seinerzeit mit dem General Fichersbach abgeschlossenen, für Rumänien und Rumänen gemeinsamen Waffenstillstandes herbeizuführen, nachdem durch das augenblickliche Verhältnis zwischen Ukrainern und Rumänen eine Klärung dieser Frage notwendig geworden ist.

+ Eine baldige Lösung der litauischen Frage steht nach verschiedenen Blättermeldungen in Aussicht. Wie verlautet, hat Bischof Rozewicz von Kovno kürzlich im Großen Hauptquartier General Ludendorff und dann dem Kardinal von Hartmann in Köln einen Besuch abgestattet. Am Dienstag ist der Bischof zur Besprechung der litauischen Frage vom Reichskanzler in Audienz empfangen worden. Der Bischof ist von dem Entgegenkommen, das er an den maßgebenden Stellen fand, äußerst befriedigt und hofft, daß die litauische Frage in kurzem gelöst sein wird.

Holland.

+ Über die Ried- und Sanddurchfuhr hat das Ministerium des Innern der Zweiten Kammer mitgeteilt, daß

England eine möglichst schnelle Klärung dieser Frage wünsche, das heißt, bevor der Termin der Wiederaufnahme der Durchfuhr am 15. März eingetreten sei. Habe man, wider Erwarten, sich nicht bis dahin geeinigt, so sei dann Holland wie England freigestellt, wie sie sich weiter verhalten wollen. Gleichzeitig lehnt England aber den holländischen Schiedsgerichtsentscheid ab, da es mit Hollands juristischem Standpunkt eins sei, nicht aber mit der praktischen Durchführung. Dieser Umstand Englands, das über das juristische Prinzip bis vor kurzem scharfe Noten mit Holland wechselte, beweist, daß es sich rechtlich schwach fühlt und sich anderer Mittel bedienen will. — Inzwischen hat Holland Deutschland die Kontrollkommission für die Verwendung der Durchfuhr überall im besetzten Gebiet auszulassen.

Frankreich.

+ Der Fortschritt der französischen Friedensbewegung wird ersichtlich durch den Bericht über eine Sitzung der Sozialisten-Organisation des Seine-Verbandes. Es heißt, die regierungstreue sogenannte Mehrheitsrichtung habe bei dieser Sitzung eine vernichtende Niederlage erlitten. Der Versammlung lag eine ganze Reihe von Resolutionen vor, in denen alle Schattierungen der sozialistischen Politik zum Ausdruck kamen. Eine von der gesamten Minderheitsrichtung eingebrachte Hauptresolution, die Friedensschluß, Verweigerung der Kriegskredite und Volksabstimmung für Elia-Lothringen verlangte, erhielt 4700 Stimmen. Auf die Entschließungen der regierungstreuen Mehrheitsrichtung entfielen nur 1470 Stimmen.

Italien.

+ Immer angänglicher tönen die Sisseruse Italiens an die Bundesgenossen. So schreibt „Corriere della Sera“, der interalliierte Generalstab solle Italien nicht vernachlässigen, und fordert für den Frühling weitere Hilfstruppen, da Italien nicht genügend Truppen habe, um die Mannschaften der vorderen Linien häufig zu wechseln, die dadurch eintretende Verminderung der Widerstandskraft aber schon zur Katastrophe von Karfreit mit der Grund gemein sei. Die Entente müsse die italienische Front, namentlich den Rücken Frankreichs und die Verbindung mit dem Orient verteidigen.

Amerika.

+ Präsident Wilson hat eine Reihe von Konferenzen mit demokratischen und republikanischen Kongreßmitgliedern über alle Einzelheiten der Kriegsgesetzgebung begonnen. Es wird als ein wichtiger Entschluß des Präsidenten angesehen, daß er Mitglieder der beiden Parteien mehr als bisher ins Vertrauen ziehen und die Republikaner zur Teilnahme am Kriegsrat heranziehen will. Eine Vorklage, die den Präsidenten ermächtigen wird, die Arbeiten der Regierungskreise zu vereinfachen und neu zu verteilen, wird wahrscheinlich als erster Punkt zur Besprechung stehen. Die Anzeichen sprechen dafür, daß diese Konferenzen während der ganzen Kriegsdauer fortgesetzt werden.

Russ In- und Ausland.

Berlin, 18. Febr. Bei der Beratung des Reichstages des Finanzministeriums befragten die Mitglieder des Innern und der Finanzen die Verlegung des Oberpräsidiums der Provinz Brandenburg von Potsdam nach Berlin, und der Ausschuss beschloß einstimmig in diesem Sinne.

Berlin, 18. Febr. Der bulgarische Ministerpräsident Radoslawoff ist von Reich-Vizepräsidenten hier eingetroffen.

Berlin, 18. Febr. Die nächste Vollversammlung des preussischen Abgeordnetenhauses findet am 20. d. Mts. statt.

Berlin, 18. Febr. Die verurteilte, hat sich außer dem Reichskanzler auch Bischof v. Baur ins Hauptquartier begeben.

Berlin, 18. Febr. Der Bismarck teilt mit: Der für gestern angelegte Termin im Landesvertragsprozeß des außerordentlichen Kriegsgerichts gegen die Genossen Friedrich Stampfer und Erich Kuttner ist aufgehoben worden, weil weitere Ermittlungen notwendig geworden sind.

Wien, 18. Febr. Bürgermeister Weißkühner wird morgen nachmittag den Minister des Auswärtigen, Grafen Czernin, bei seiner Ankunft am Nordbahnhof an der Spitze der Gemeindevertretung begrüßen und ihm den Dank der Wiener Bevölkerung für seine erfolgreiche Tätigkeit in der Friedensfrage ausdrücken.

Die preussische Herrenhausvorlage.

Schluss der ersten Lesung.

Berlin, 18. Februar.

Der Verfassungsausschuss des Abgeordnetenhauses beschloß heute, daß die Vertreter der Privatangehörigen im Herrenhaus von den Vertrauensmännern der Reichsrentenbank zu vertreten seien.

Ein Zentrumstreiter hatte beantragt, das Zentrum in Zukunft Ständehaus zu nennen. Die Konfessionellen hielten an ihrem Antrag „Erste Kammer“ zu halten, weil sie auch dem Abgeordnetenhaus eine ständische Gliederung geben wollen. Der konservative Antrag wurde gegen die Stimmen des Zentrums, der Fortschrittlichen, des Sozialdemokraten und des Bismarck angenommen. Nach der Vorlage soll das Gesetz zu einem durch königliche Verordnung zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft treten und gleichzeitig die bisherigen Ständehausmitglieder bis auf jene 134 Reichstagsmitglieder ausbleiben, die auf Lebenszeit aus dem ehemaligen Reichstagsparlament, Fürsten, Ständeherrn und aus königlichen Beamten bestehen.

Erzähler vom Bekerwald (Hachenburger Tageblatt). Beilage zu Nr. 38 vom 15. Februar 1918.